Vergabe des Auftrags zur Erstellung einer Studie zum Thema Datenökonomie in der Energiewirt- schaft

Verfahrensbedingungen

Offenes Verfahren

Vergabekennziffer: E3MBPN

**Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)
Bereich Digitale Technologien und Start-up Ökosystem**

Chausseestraße 128a
10115 Berlin

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Bestimmungen	3
1.1	Anwendbares Recht, Vertragsbestandteile	3
1.2	Ausschreibende Stelle, Ansprechpartner für Fragen	3
1.3	Nebenangebote, Änderungsvorschläge	3
1.4	Vertraulichkeit	3
1.5	Bietergemeinschaft	4
1.6	Unterauftragnehmer / Eignungsleihe (§§ 36, 47 VgV)	4
1.7	Vergütung für die Erstellung des Angebots	4
1.8	Aufteilung in Lose	4
1.9	Vertragsabschluss	4
2	Ablauf des Vergabeverfahrens	5
2.1	Zeitplan	5
2.2	Bieterfragen	5
2.3	Angebotsabgabe	5
2.4	Prüfung der Angebote; Bieterinformation nach § 134 Abs. 1 GWB	5
2.5	Weitere Informationen	6
3	Eignungsanforderungen und -nachweise	6
3.1	Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung	6
3.2	Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	6
3.3	Technische und berufliche Leistungsfähigkeit	7
3.4	Eigenerklärungen zu Ausschlussgründen	7
3.5	Sonstige Erklärungen und Angaben	8
4	Anforderungen an das inhaltliche Angebot; Zuschlagskriterien	8
4.1	Anforderungen an das inhaltliche Angebot – Qualitätskriterien	8
4.2	Anforderungen an das inhaltliche Angebot – Preiskriterien	9
4.3	Gewichtung der Zuschlagskriterien	10
5	Datenschutz	11
6	Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren	11
7	Anlagen	11

1 Allgemeine Bestimmungen

1.1 Anwendbares Recht, Vertragsbestandteile

Die Auftragsvergabe erfolgt im Wege eines Offenen Verfahrens gem. § 119 Abs. 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Verbindung mit § 15 der Vergabeverordnung (VgV).

Für das Vertragsverhältnis gilt deutsches Recht. Nach Zuschlagserteilung werden Vertragsbestandteil, wobei die Reihenfolge gleich der Rangfolge ist für Anwendung und Auslegung im Falle von Widersprüchen der Vertragsbestandteile untereinander:

- (1) Die Bestimmungen des abzuschließenden Vertrages (vgl. **Anlage 1: Vertragsbedingungen**)
- (2) Die Leistungsbeschreibung (Anlage 2: Leistungsbeschreibung)
- (3) Das Angebot des Bieters inklusive Preisblatt
- (4) Die Vereinbarung über die Auftragsverarbeitung ()

Allgemeine Geschäfts- oder Lieferbedingungen des Bieters sind ausgeschlossen.

1.2 Ausschreibende Stelle, Ansprechpartner für Fragen

Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)

Antonia Wegener

Chausseestraße 128a

10115 Berlin

Die Kommunikation zwischen dena und den Bietern während des gesamten Verfahrens erfolgt ausschließlich elektronisch via <https://www.evergabe.de>.

1.3 Nebenangebote, Änderungsvorschläge

Änderungen und Ergänzungen zu den Vergabeunterlagen sind unzulässig. Nebenangebote sind nicht zugelassen.

1.4 Vertraulichkeit

Die im Rahmen dieser Ausschreibung zur Verfügung gestellten Unterlagen sind vertraulich zu behandeln. Der Bieter hat über die ihm im Zusammenhang mit dieser Ausschreibung bekanntwerdenden geschäftlichen Angelegenheiten der dena auch nach Beendigung des Verfahrens Stillschweigen zu bewahren. Er hat hierzu auch seine Mitarbeitenden sowie alle an der Erstellung des Angebots beteiligten Personen zu verpflichten.

Die Vergabeunterlagen nebst Anlagen dürfen nur zur Erstellung des Angebots verwendet werden. Jede Veröffentlichung oder Weitergabe (auch auszugsweise), ob vor oder nach Vertragsabschluss, ist ohne ausdrückliche schriftliche Einwilligung (vorherige Zustimmung) der dena nicht statthaft.

1.5 Bietergemeinschaft

Im Falle einer Bietergemeinschaft ist im Angebot ein bevollmächtigter Vertreter zu benennen. Das vertretungsberechtigte Mitglied vertritt die Bietergemeinschaft rechtsverbindlich gegenüber dem Auftraggeber. Für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen haftet jedes Mitglied der Bietergemeinschaft auch nach ihrer Auflösung gesamtschuldnerisch. Die Aufgabenverteilung innerhalb der Bietergemeinschaft ist im Angebot darzulegen. Die dena erwartet auch im Fall einer Bietergemeinschaft die geschlossene Erbringung der Leistung aus einer Hand. Es ist eine von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft unterschriebene Erklärung abzugeben (siehe Anlage: Erklärung Bietergemeinschaft).

1.6 Unterauftragnehmer / Eignungsleihe (§§ 36, 47 VgV)

Soweit ein Bieter beabsichtigt, die Ausführungen von Leistungen an andere Unternehmen (Unterauftragnehmer, § 36 VgV) zu übertragen oder in seinem Angebot die Kapazitäten anderer Unternehmen zur Herstellung seiner Eignung in Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle oder technische und berufliche Leistungsfähigkeit in Anspruch nimmt (§ 47 VgV), hat der Bieter eine rechtsverbindlich unterzeichnete Erklärung zum beabsichtigten Einsatz der zu übernehmenden Leistungsteile bzw. der in Anspruch genommenen Kapazitäten anderer Unternehmen unter Angabe der von diesen Unternehmen erfüllten Eignungsanforderungen abzugeben (siehe Anlage: Vordruck Erklärung Einsatz Unteraufträge / Eignungsleihe).

Darüber hinaus hat der Bieter eine unterzeichnete Verpflichtungserklärungen jedes Unterauftragnehmers bzw. verleihenden Unternehmens vorzulegen (siehe Anlage: Vordruck Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer/Eignungsleihe). Im Falle der Eignungsleihe können grundsätzlich auch nur die in der Anlage aufgeführten Unternehmen für die betroffenen Leistungsteile eingesetzt werden.

Der Bieter hat andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen.

1.7 Vergütung für die Erstellung des Angebots

Für die Erstellung des Angebots wird keine Vergütung gewährt.

1.8 Aufteilung in Lose

Der Auftrag wird nicht in Lose aufgeteilt.

1.9 Vertragsabschluss

Es gilt deutsches Recht. Allgemeine Geschäfts- oder Lieferbedingungen des Bieters sind ausgeschlossen.

2 Ablauf des Vergabeverfahrens

2.1 Zeitplan

Aktion	Termin
Auftragsbekanntmachung	13.08.2025
Frist zur Einreichung von Fragen	08.09.2025
Frist für den Eingang der Angebote	15.09.2025 23:58:59
Bieterinformation gemäß § 134 Abs. 1 GWB voraussichtlich	29.09.2025
Zuschlag voraussichtlich	10.10.2025
Bindefrist Angebot	3 Monate nach Ablauf der Angebotsfrist

2.2 Bieterfragen

Fragen zum Verfahren oder zu den Vergabeunterlagen sind ausschließlich elektronisch via <https://www.evergabe.de> einzureichen und werden aus Gründen der Gleichbehandlung allen Bietern nebst den dazugehörigen Antworten in anonymisierter Form zugänglich gemacht. Den Bietern wird empfohlen, sich regelmäßig über das Vorliegen von neuen Mitteilungen zu informieren. Bei Fragen, die nicht spätestens sieben Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist gestellt werden, kann eine rechtzeitige Antwort nicht garantiert werden.

Enthält die Ausschreibung nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, so hat er die dena unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen.

2.3 Angebotsabgabe

Das rechtsverbindlich unterzeichnete Angebot ist unter **Angabe der Vergabekennziffer** bis zum 15.09.2025 ausschließlich elektronisch via <https://www.evergabe.de> einzureichen.

Die Bindefrist endet drei Monate nach Ablauf der Angebotsfrist.

Mit dem Angebot sind die in Ziff. **3 unten** angeforderten Nachweise bzw. Erklärungen einzureichen.

Anforderungen an das inhaltliche Angebot lassen sich Ziff. **4 unten** entnehmen.

Die dena behält sich vor, fehlende oder unvollständige Unterlagen nachzufordern. Ein Anspruch der Bieter hierauf besteht nicht.

2.4 Prüfung der Angebote; Bieterinformation nach § 134 Abs. 1 GWB

Nach Abgabe der Angebote wird die Eignung der Bieter mittels der eingereichten Eignungsnachweise (vgl. Ziff. 3 „**Eignungsanforderungen und -nachweise**“) geprüft. Im Rahmen der Angebotsauswertung wird das wirtschaftlichste Angebot anhand der in Ziff. 4 „**Anforderungen an das inhaltliche Angebot;**

Zuschlagskriterien“ dargelegten Kriterien ermittelt. Der Bieter, der das wirtschaftlichste Angebot abgibt, erhält den Zuschlag. Die Bieter werden über den beabsichtigten Zuschlag durch Bieterinformationen nach § 134 Abs. 1 GWB informiert.

2.5 Weitere Informationen

Die dena behält sich vor, diese Ausschreibung jederzeit aufzuheben. Die Bieter werden in diesem Fall über die Aufhebung unter Bekanntgabe der Gründe unverzüglich benachrichtigt.

Mit Abgabe des Angebots unterliegen nicht berücksichtigte Bietende den Bestimmungen des § 62 VgV.

3 Eignungsanforderungen und -nachweise

Die nachfolgend aufgeführten Eignungsanforderungen sind vom Bieter zu erfüllen. Die dafür erforderlichen Nachweise bzw. Erklärungen sind zur Eignungsprüfung vorzulegen. Im Falle der Bildung einer Bietergemeinschaft sind die Eignungsanforderungen von der Bietergemeinschaft insgesamt zu erfüllen.

Wenn für die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle oder technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Eignungsleihe nach § 47 VgV, siehe Ziff. **1.6 oben**) in Anspruch genommen werden sollen, so sind die entsprechenden Nachweise bzw. Erklärungen auch von diesem Unternehmen zu erbringen.

Sofern vom Auftraggeber Formulare bzw. Vordrucke für die Eigenerklärungen zur Verfügung gestellt werden, sind diese zu verwenden.

3.1 Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

Anforderungen:

Erlaubnis zur Berufsausübung (im Falle eines Konsortiums nicht nur für den Konsortialführer, sondern für alle Konsortialmitglieder)

- **Nachweis:** Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister (Registerauszug; bei Ablauf der Angebotsfrist nicht älter als sechs Monate) nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des jeweiligen Landes, in dem der Bieter bzw. das Konsortialmitglied ansässig ist.
Alternativ ein anderer Nachweis über die Erlaubnis zur Berufsausübung.

3.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Anforderungen:

Mindestjahresumsatz in Höhe von 800.000 EUR

- **Nachweis:** Erklärung über den Gesamtumsatz für die letzten drei Geschäftsjahre

Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden Deckungssummen, die bereits vorliegt bzw. im Auftragsfalle abgeschlossen wird:

- Sachschäden: 300.000 EUR
Personenschäden: 1 Mio. EUR
Vermögensschäden: 300.000 EUR
- **Nachweis:** Vorlage einer entsprechenden Versicherungsbescheinigung sowie Eigenerklärung über die Höhe der Betriebshaftpflicht (Erklärung, dass die geforderte Höhe durch die bestehende Versicherung des Bieters abgedeckt wird oder, falls dies nicht der Fall ist, eine Verpflichtungserklärung darüber, dass der Bieter bei Zuschlagserteilung auf die geforderte Versicherungssumme aufstockt.)

Hinweis: Kann ein Bieter aus einem berechtigten Grund die geforderten Unterlagen nicht beibringen, so kann er seine wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit durch Vorlage anderer, vom Auftraggeber als geeignet angesehener Unterlagen belegen.

3.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Anforderungen:

Mindestens zwei bis maximal drei Referenzen für Projekte und Studienvorhaben über vergleichbare Leistungen in den letzten drei Jahren (Beschreibung der erbrachten Leistungen, Nettoauftragsvolumen, Angaben zum Auftraggeber, Zeitraum der Auftragsbefreiung); der Kontakt zum Auftraggeber wird auf Anforderung durch den Bieter hergestellt.

- **Nachweis:** Eigenerklärung

Eine formfreie Eigenerklärung zum Nichtbestehen von (mittelbaren und unmittelbaren) Interessenkonflikten etwa durch eigene Unternehmensinteressen in den Handlungsfeldern in Zusammenhang mit dem Auftrag (§ 46 Abs. 2 VgV) ist dem Angebot beizufügen.

- **Nachweis:** Eigenerklärung

3.4 Eigenerklärungen zu Ausschlussgründen

Eigenerklärungen über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach den §§ 122 Abs. 1, 123 und 124 GWB sowie gegebenenfalls Maßnahmen des Bieters zur Selbstreinigung nach § 125 GWB. Im Falle eines Bieterkonsortiums von jedem Konsortialmitglied auszufüllen. Im Falle der Eignungsleihe (§ 47 GWB) von jedem verleihenden Unternehmen auszufüllen. (s. Anlage: Vordruck Eigenerklärung Nichtvorliegen von Ausschlussgründen §§ 123, 124 GWB)

Eigenerklärung gemäß Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren. Im Falle eines Bieterkonsortiums von jedem Konsortialmitglied auszufüllen. (s. Anlage: Vordruck Eigenerklärung Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014).

3.5 Sonstige Erklärungen und Angaben

Bei Bietergemeinschaften: Erklärung der Bietergemeinschaft (siehe Ziff. 1.5 „**Bietergemeinschaft**“; Anlage: Erklärung Bietergemeinschaft)

Bei Unteraufträgen/ Eignungsleihe (siehe Ziff. 1.6 „**Unterauftragnehmer / Eignungsleihe (§§ 36, 47 VgV)**“):

- Erklärung zum beabsichtigten Einsatz von Unterauftragnehmern/ zur Inanspruchnahme von Kapazitäten anderer Unternehmen im Rahmen der Eignungsleihe (siehe Anlage: Vordruck Erklärung Einsatz Unteraufträge / Eignungsleihe)
- Vorlage einer Verpflichtungserklärung jedes Unterauftragnehmers / jedes verleihenden Unternehmens, im letzteren Fall ggf. mit Haftungserklärung (siehe Anlage: Vordruck Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer/Eignungsleihe)

Angaben zum Bieter: Kurze Unternehmensdarstellung (max. 2 DIN A 4 Seiten) (Beschäftigtenanzahl, Beschäftigtenstruktur, Hauptsitz und weitere Standorte, Kompetenz- und Tätigkeitsschwerpunkte)

Weitere Angaben zum Bieter: Im Zuge der Einführung neuer Anforderungen für EU-weit vergebene Aufträge (sog. eForms) sind öffentliche Auftraggeber ab dem 25.10.2023 verpflichtet, in Vergabebekanntmachungen die unten aufgeführten Angaben zu den Bietern und Auftragnehmern zu veröffentlichen. Vor diesem Hintergrund sind für jeden Bieter und bei Bietergemeinschaften für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft die folgenden Angaben zu machen und mit dem Angebot einzureichen:

- Rechtsform; Angabe, ob es sich bei dem Unternehmen um ein Kleinunternehmen bzw. ein kleines, mittleres oder großes Unternehmen handelt (siehe Unterscheidung [hier](#)); Angabe von Umsatz-Steuer-ID und Handelsregistereintrag (z.B. HRA 12345); Angabe, ob Unternehmen börsennotiert ist).

4 Anforderungen an das inhaltliche Angebot; Zuschlagskriterien

Die Wirtschaftlichkeit eines Angebots wird anhand der Zuschlagskriterien Qualität (inkl. Nachhaltigkeit) und Preis ermittelt. Zur Erzielung eines bestmöglichen Bewertungsergebnisses werden im Folgenden die Anforderungen an das inhaltliche Angebot erläutert.

Bei der Angebotserstellung sind die Bedingungen des zu schließenden Vertrags (vgl. Vertragsentwurf) als maßgeblich zugrunde zu legen.

4.1 Anforderungen an das inhaltliche Angebot - Qualitätskriterien

Das Angebot ist in übersichtlicher, lesbarer und nachvollziehbarer Form in deutscher Sprache zu erstellen. Es muss eine Ansprechperson für Fragen benennen.

Das Angebot hat ein **Umsetzungskonzept** zu beinhalten (maximal 10 Seiten, Schriftart Arial, Schriftgröße 10). Der Auftragnehmer legt dar, wie er hinsichtlich der in der Leistungsbeschreibung

genannten Leistungspakete vorgeht. Hierbei werden die für die Durchführung der Leistungspakete notwendigen Arbeitsschritte kurz beschrieben.

Das Umsetzungskonzept muss insbesondere enthalten:

- Ein Konzept für die Studie, was den geplanten inhaltlichen Schwerpunkt beschreibt und begründet sowie die geplanten Methoden benennt (max. 1,5 Seiten).
- Ein kurzes Konzept (Video-Idee), wie der Auftragnehmer ein ökonomisches Thema seiner Wahl in einem animierten Video erklären würde (max. 1 Seite). Das Konzept kann Abbildungen enthalten. Verweise auf bereits vom Auftragnehmer entwickelte und produzierte Videos (Links etc.) können gerne eingefügt werden.

Darüber hinaus hat das Angebot zu enthalten (zählt nicht zu den 10 Seiten):

- Eine detaillierte **Benennung der zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen** (inkl. Angabe von Qualifikation und Erfahrung, Benennung der Projektleitung) ist erforderlich.
- Eine **Zeit-, Ablauf- und Ressourcenplanung**: Hierbei wird der zeitliche Ablauf der Arbeitspakete entsprechend der in der Leistungsbeschreibung beschriebenen Meilensteine und Deliverables vermittelt.
- Angaben zu **Umweltmanagement- und Nachhaltigkeitsmaßnahmen**: Bitte geben Sie an, welche Nachhaltigkeits- bzw. Umweltmanagementmaßnahmen (ökologische, soziale oder wirtschaftliche) Sie im Rahmen der Leistungserbringung anwenden. Bitte legen Sie geeignete Nachweise (z. B. Eigenerklärung, Zertifikate, Konzepte) bei. Diese werden mit einem definierten Prozentsatz von 5 Prozent (im Falle von 4 nachgewiesenen Maßnahmen) in der Bewertungsmatrix berücksichtigt werden.
- Ein **Datenschutzkonzept** mit den bei der Auftragsausführung angewendeten Technisch-organisatorischen Maßnahmen (TOMs).

4.2 Anforderungen an das inhaltliche Angebot – Preiskriterien

Das Angebot hat einen Angebotspreis zu beinhalten. Die Preisangaben sind entsprechend den Vorgaben des Preisblattes zu gliedern (siehe Anlage 3: Preisblatt) und müssen sämtliche Auslagen und Reisekosten enthalten. Reisezeiten gelten nicht als vergütungspflichtige Leistungszeiten. Die anzugebenden Preise sind netto auszuweisen und verstehen sich zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer.

Es ist eine Kalkulation aller Pauschalfestpreise auf einer separaten Anlage nachvollziehbar und ausführlich anzugeben. Die Personalkosten sind hierbei wie folgt auszuweisen: Vergütung pro Stunde x Anzahl der Stunden + ggf. sonstige Kosten. Sachkosten sind nach Kostenarten aufzuschlüsseln.

Bei Unternehmen, die ihren Sitz außerhalb der europäischen Union haben, gilt nicht die ausländische, sondern die in der Bundesrepublik Deutschland gültige gesetzliche Umsatzsteuer. Bei der Ermittlung der Wertungssumme wird dem Angebotspreis / Netto-Summe die in der Bundesrepublik Deutschland gültige gesetzliche Umsatzsteuer hinzugerechnet. Sonstige, darüber hinaus anfallende und vom

Auftraggeber zu tragenden Steuern im Land des Bieters sowie deren Höhe sind vom Bieter im Preisblatt einzuberechnen.

4.3 Gewichtung der Zuschlagskriterien

Die Zuschlagskriterien und deren Unterkriterien werden wie folgt gewichtet:

Leistungskriterium	Gewichtungs- faktor	Bewertungs- punkte	Leistungs- punkte***
Qualität*			
Qualität des Umsetzungskonzeptes	45 %		
Aufgabenverständnis und Qualität des Konzepts zur Erstellung der Studie	30 %	0 bis 5	
Konkretisierungsgrad der Einbindung des Expertinnen- und Expertenkreises	5 %	0 bis 5	
Benennung und Qualität der Beschreibung der Erarbeitung der Kommunikationsmaßnahmen, inkl. der Video-Idee	10 %	0 bis 5	
Qualität des eingesetzten Projektteams	10 %	0 bis 5	
Qualität der Zeit-, Ablauf- und Ressourcenplanung	10 %		
Detaillierungsgrad der Zeit-, Ablauf- und Ressourcenplanung	5 %	0 bis 5	
Nachvollziehbarkeit der Zeit-, Ablauf- und Ressourcenplanung	5 %	0 bis 5	
Nachhaltigkeits- und Umweltmanagementmaßnahmen	5 %	0 bis 5	
Preis**			
	30 %		
Summe der Leistungspunkte insgesamt			

* Bewertungsskala: 0 Punkte = Anforderungen nicht erfüllt, 1 Punkt = Anforderungen in Ansätzen erfüllt, 2 Punkte = Anforderungen werden aufgegriffen aber nur teilweise erfüllt, 3 Punkte =

Anforderungen werden grundsätzlich erfüllt, 4 Punkte = Anforderungen werden zur vollen Zufriedenheit erfüllt, 5 Punkte = Anforderungen werden zur vollsten Zufriedenheit abgedeckt.

** Berechnung der Bewertungspunkte Preis:

$$\frac{\text{Preis des niedrigsten Angebots}}{\text{Preis des zu bewertenden Angebots}} \times \text{Gewichtungsfaktor} = \text{Bewertungspunkte}$$

*** Berechnung der Leistungspunkte der Hauptkriterien außer Preis: Summe von [(Gewichtungsfaktor* Bewertungspunkte)/5] aller Unterkategorien.

Der Zuschlag wird auf das Angebot mit der höchsten Punktzahl (Leistungspunkte) erteilt.

5 Datenschutz

Hinweise zum Umgang mit den personenbezogenen Daten der Bieter im Rahmen des Vergabeverfahrens finden sich in der Anlage: Hinweisblatt Datenschutz in Vergabeverfahren.

6 Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Die zuständige Stelle für Rechtsbehelf-/Nachprüfungsverfahren ist

Die Vergabekammern des Bundes beim Bundeskartellamt

Villemombler Str. 76

53123 Bonn

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Internet: <https://www.bundeskartellamt.de/DE/Aufgaben/Vergaberecht/vergaberecht>

Verstöße gegen Vergabevorschriften sind gegenüber dem Auftraggeber binnen 10 Tagen nach Kenntnis zu rügen. Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen genannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. Teilt der Auftraggeber mit, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung ein Antrag auf Nachprüfung bei der Vergabekammer gestellt werden (§ 160 GWB).

7 Anlagen

- Anlage 1: Vertragsbedingungen
- Anlage 2: Leistungsbeschreibung
- Anlage 3: Preisblatt
- Anlage 4: Entwurf Auftragsverarbeitungsvereinbarung (AVV)
- Anlage: Beispielvorlage Technisch-organisatorische Maßnahmen (TOMs)
- Anlage: Hinweisblatt Datenschutz in Vergabeverfahren

- Anlage: Vordruck Eigenerklärung Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014
- Anlage: Vordruck Eigenerklärung Nichtvorliegen von Ausschlussgründen §§ 123, 124 GWB
- Anlage: Vordruck Erklärung Einsatz Unteraufträge / Eignungsleihe
- Anlage: Vordruck Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer/Eignungsleihe
- Anlage: Erklärung Bietergemeinschaft